

<b>Vorlage Nr. 15/2022</b>		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 1

## **Anerkennung von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen für Sozialbetreuer:innen im Sozialamt**

### **A Problem**

Seit Sommer 2021 sind bundesweit steigende Zugangszahlen von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern festzustellen. Zudem ist ein erhöhter Betreuungsbedarf aufgrund von psychischer und körperlicher Beeinträchtigungen zu verzeichnen. Aktuell werden 100 Personen pro Sozialbetreuer:in betreut. In Anlehnung an die Richtlinie über den Betrieb von Einrichtungen zur Unterbringung, Betreuung und Integration von geflüchteten Menschen, Asylsuchenden und Spätaussiedlern der Stadtgemeinde Bremen wird in Bremerhaven ein Betreuungsschlüssel von 80 Personen pro Sozialbetreuer:in zu Grunde gelegt. Um die Aufgaben in der Unterbringung sowie der Sozialbetreuung bewältigen zu können, ist der Personalbedarf daher anzupassen.

Die Details ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Vorlage des Sozialamtes (Vorlage Nr. V-S 8/2022) vom 24.01.2022.

### **B Lösung**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen (Entgeltgruppe 7 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für das Sozialamt, befristet für die Dauer von zwei Jahren ab Einstellung.

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden können.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Auf Grundlage der Personalaufgaben 2021 entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von 215.456 € (4,0 Stellen Entgeltgruppe 7 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) jährlich. Die Finanzierung erfolgt aus dem Budget des Sozialamtes.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung der überplanmäßigen Bedarfe erfolgt gendergerecht.

Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor. Ausländische Mitbürger:innen sind betroffen.

### **E Beteiligung / Abstimmung**

Die Magistratskanzlei wurde durch das Sozialamt informiert. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung hat in seiner Sitzung am 16.02.2022 zugestimmt.

Im Rahmen der Besetzung der anerkannten Bedarfe sind die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

### **F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG ist sichergestellt.

### **G Beschlussvorschlag**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen für das Sozialamt (Entgeltgruppe 7 TVöD (Entgeltordnung/VKA)), befristet für die Dauer von zwei Jahren ab Einstellung.

Melf Grantz  
Oberbürgermeister

Anlage: Vorlage V-S- 8/2022 Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung